



Der Ausländerbeirat



Az.: ABR/MR

Gießen, den 29. Mai 2017

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Markéta Roska
Gebäude F, Raum F207
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1790
marketa.roska@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen
am 02.05.2017
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 12. April eingeladen.

Es sind anwesend:

Kreisausländerbeirat

Maria Alves	
Ahmet Arslan	
Rasim Azim	bis 20:50
Marcel Dossou	
Abderrahim En Nosse	bis 20:50
Francoise Hönle	
Fabrice Roosevelt Hountsa Djoumessi	bis 20:35
Taner Kaya	
Natallia Knöbl	
Edin Muharemovic	ab 19:35
Erdem Taman	
Philipp van Slobbe	
Tim van Slobbe	Vorsitzender
Ewa Wenig	

FW-Fraktion

Haben Kidane	Fraktionsdelegierte
--------------	---------------------

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Katrin Schleenbecker	Fraktionsdelegierte
----------------------	---------------------

AfD-Fraktion

Uwe Schulz	Fraktionsdelegierter
------------	----------------------

Fraktion Gießener Linke

Stefan Walther	Vertreter der Fraktionsdelegierten
----------------	------------------------------------

Verwaltung
Markéta Roska

Nicht anwesend:

Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel
Ludmilla Antonov
Kenan Aslanoglu
Wesam Jouda
Bülent Özogul
Boris Royak
Donaldson Tongle Kenfack

nicht entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende Tim VAN SLOBBE eröffnet um 19:15 Uhr die Sitzung. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausländerbeirates am 13.03.2017

Abderrahim EN NOSSE erklärt, er und Marcel DOSSOU seien nach dem TOP 3 von der Sitzung gegangen. Dagegen gibt es keinen Widerspruch. Die Abstimmungsergebnisse am Ende der TOP 4.1 und 5 werden entsprechend korrigiert.

Mit diesen Änderungen wird das Protokoll einstimmig genehmigt.

3. Diskriminierung im Gesundheitswesen - Erfahrungsaustausch

Hintergrund des Themas ist, dass sich der AK Migrantinnen u.a. mit den Themen Schwangerschaft, Geburtsvor- und Nachbereitung befasst hat. Die Mitglieder Ewa WEINIG und Haben KIDANE haben hierzu Erfahrungen gemacht – als ehrenamtliche Begleiterinnen, als Dolmetscherinnen und als Betroffene.

Ewa WENIG berichtet von der Entbindung einer jungen Frau aus Eritrea (SGB II, alleinlebend) in einem Krankenhaus im Landkreis. Bei der Behandlung haben sehr viele Menschen (ehrenamtlich) geholfen, das Krankenhaus selbst sah aber keine Möglichkeit, die Dolmetscherkosten zu tragen. Die Dolmetscher wurden durch Spenden finanziert. In manchen Fällen, wurde auch kein Dolmetscher bestellt, obwohl es notwendig gewesen wäre, wie bei dem Entlassungsgespräch der Mutter mit dem Kind aus dem Krankenhaus (ganz anders in der Gießener Kinderklinik). Auch andere Dinge gestalteten sich äußerst schwierig und wären für eine junge Ausländerin in dieser Situation alleine kaum bewältigbar, wie

Transport des Babys zurück aus der Kinderklinik zwei Tage nach einem Kaiserschnitt privat zu organisieren oder die frühzeitig seitens des Krankenhauses angestrebten Entlassung. Da die Frau nicht mehr im Asylbewerbsverfahren ist, war auch der Landkreis nicht für die nötigen Dolmetschleistungen zuständig.

Haben KIDANE berichtet, dass die Geflüchteten im Landkreis Gießen nach der Anerkennung auf sich gestellt sind. Viele rufen bei ihr im Dolmetscher*innenbüro an und fragen nach Dolmetsch- oder Übersetzungskosten weil bei ihnen z.B. ein medizinischer Eingriff, eine Vaterschaftsanerkennung o.a. ansteht.

Medinetz ergänzt, dass auch vor der Anerkennung nicht automatisch Dolmetscher*innen gestellt werden – bei ihnen kommen immer wieder von Betroffenen oder Sozialarbeiter*innen Anfragen nach Dolmetscher*innen an.

Abraham ABRAHAMIAN, Vorsitzender des Ausländerbeirates Linden, vertritt die Meinung, dass Ausländerbeiräte und die „Sozialsachbearbeiter“ zusammen arbeiten sollen. In Linden rufe der Sachbearbeiter bei ihm an und frage, ob ein Mitglied für die Sprache xy kostenlos übersetzen kann. Aufgrund der hohen Kosten für Sprachmittlungsdienste sei es notwendig und die Pflicht von Ausländerbeiräten hier unterstützend tätig zu werden.

Tim VAN SLOBBE sieht die Aufgabe der Ausländerbeiräte vielmehr darin, die Politiker darauf aufmerksam zu machen, wo die Systeme nicht für Migrant*innen funktionieren. Unter anderem auch deshalb, weil ehrenamtliche Arbeit schnell an ihre Grenzen komme.

Abderrahim EN NOSSE weist auf die unabhängige Patientenberatung (Fröbelstraße Gießen) hin, die Geld von den Krankenkassen für Übersetzungsdienste erhalte, derzeit aber nur für Russisch, Türkisch und Arabisch aufkomme. Er schlägt vor, hier im Sinne der Gleichbehandlung die Erweiterung auf andere Sprachen einzufordern.

Haben KIDANE berichtet aus zahlreichen Erlebnissen (eigenen und denen von Kolleginnen), dass Migrant*innen, vor allem Menschen mit dunkler Haut, besonders ungeduldig, unhöflich und genervt behandelt werden. Leider mache man oft die Erfahrung, dass es nicht an Überarbeitung liege, weil andere in derselben Situation von demselben Menschen anders behandelt werden.

Ein Gespräch mit einer Vertreterin der Uni-Klinik (die einzige Klinik im Landkreis Gießen, die zuverlässig und sofort Dolmetscher*innen bestelle) habe gezeigt, dass die Uni-Klinik vieles für die Sensibilisierung unternehme, auch viele Menschen mit Migrationshintergrund einstelle und vieles weitere versuche. Umso frustrierende sei es zu erleben, wie begrenzt die Wirkung dieser Maßnahmen offensichtlich ist.

Herr ABRAHAMIAN berichtet aus eigenen Beobachtungen, dass es an der Situation der überlasteten Pflegekräfte liege, die keine Geduld hätten auf Menschen mit nur geringen Deutschkenntnissen einzugehen.

Edin MUHAREMOVIC sagt, er könne aus persönlicher Erfahrung nur von großem Zuvorkommen berichten.

Die Medizinstudierende Ines DUNDZIC (medinetz) berichtet aus eigenen Beobachtungen im Krankenhaus: analog zur Gesellschaft, gebe es auch viel Diskriminierung und Rassismus. Nach Ihrer Auffassung sollte untersucht werden, inwiefern diese Diskriminierungen individuell oder strukturell sind.

Ewa WENIG und Markéta ROSKA kündigen an, dass der KAB am 22. August weiter über das Thema beraten wird: Dr. Michael KNIPPER (Historische Medizin, Uni Gießen) wird eine internationale Studie vorstellen, aus der u.a. hervorgehe, dass Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern ein hohes Maß an Ungleichbehandlung im Gesundheitswesen aufweist und teilweise selbst durch die Bundesregierung unterzeichnete internationale Standards nicht einhalte.

Stefan WALTHER wirft die Frage auf, welche Erkenntnisse zur strukturellen Diskriminierung aus dem heute gesagten folgen? Welche Forderungen?

Haben KIDANE erzählt, dass der Lahn-Dill-Kreis auch bei Asylberechtigten für Dolmetscher*innen aufkommt und regt an zu prüfen, ob das im Landkreis Gießen auch möglich wäre.

Herr FAYSAL berichtet, dass einige Menschen nach dem Rechtskreiswechsel ohne eigenes Wissen unversichert bleiben. Diese Menschen würden ein Schreiben des Jobcenters falsch verstehen, in dem sie aufgefordert werden, sich für eine Krankenversicherung zu entscheiden. Am Anfang des Schreibens stehe in großen Buchstaben „Willkommen“, weshalb es bei einigen wohl zu dem Missverständnis geführt habe, sie seien bereits krankenversichert.

Abderrahim EN NOSSE erläutert: die Betroffenen erhalten vom Jobcenter ein Schreiben, in dem sie ankreuzen sollen, bei welcher Krankenkasse sie sich versichern lassen wollen. Viele verstehen dieses Schreiben falsch und bleiben unversichert.

Haben KIDANE informiert darüber, dass alle Betroffenen umfassend aufgeklärt werden in einer Informations-Veranstaltung mit einer Präsentation und Dolmetscher*in.

Francoise HÖNLE bemerkt, dass es an Sozialarbeit vor Ort mangle.

Herr FAYSAL ergänzt, dass das Problem nicht in der fehlenden Information bestehe, sondern darin, dass das Jobcenter es nicht nachverfolge. Er plädiert für einen Appell an das Jobcenter, hier nachzusteuern. [Anm. M.R.: Mittlerweile hat ein Gespräch mit einem Vertreter des Jobcenters ergeben, dass die Menschen nach der Veranstaltung einen persönlichen Beratungstermin erhalten, bei dem der/die Sachbearbeiter*in prüft, ob die Anmeldung in eine Krankenkasse erfolgt ist. Der Termin sei demnach auch unten in dem besagten Schreiben aufgeführt.]

Die Vertreter*innen von Medinetz zeigen ihre Präsentation (s. die Anlage zu dieser Niederschrift) und erläutern Ziele und Erkenntnisse aus ihrer Arbeit:

Medinetz will demnach den Zugang zum Gesundheitswesen verbessern -

sowohl durch humanitäre als auch durch politische Arbeit.
Forderungen:

- Gesundheitsstatus unabhängig vom Aufenthaltsstatus und
- Abschaffung von Sondergesetzen (Asylbewerberleistungsgesetz).
- Dolmetscherkosten müssen staatlich getragen werden.

Sie präsentieren ein Fallbeispiel aus ihrer Arbeit:

Ein 19jähriger Junge aus Afghanistan mit Schmerzen im Bein wird vom Sozialamt zum Orthopäden überwiesen. Dieser sagt, dass ein Metallteil aus einem früheren Unfall aus dem Bein entfernt werden muss. Das Sozialamt lehnt es ab, die Kosten zu übernehmen, weil die OP nicht „dringend erforderlich“ sei. Stattdessen raten sie zu Schonung und Schmerzmitteln. Medinetz droht damit an die Presse zu gehen, woraufhin das Sozialamt die Kostenübernahme doch zusagt. Die Nachversorgung, Schmerzbehandlung usw. bleiben aber mangelhaft.

Ines DUNDZIC vom Medinetz: Diskriminierung wird an der Tatsache erkennbar, dass es unterschiedliche Gesetze gibt, die unterschiedlichen Zugang zur Gesundheitsversorgung begründen. Auch der aus menschenrechtlicher Perspektive notwendiger Zugang zur Gesundheitsversorgung wird nicht gewährleistet.

Medinetz trete fordert deshalb die Einführung der e Gesundheitskarte auch für Asylbewerber*innen und die Abschaffung der §§ 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Abderrahim EN NOSSE appelliert an die Anwesenden die Forderung des Ausländerbeirates nach der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte bald durch den geplanten Antrag zu konkretisieren.

Der Vorsitzende Tim VAN SLOBBE weist darauf hin, dass die Umsetzung auch in der Koalitionsvereinbarung steht. [Anm. M.R.: „Die Koalitionspartner befürworten grundsätzlich die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Voraussetzung ist, dass das Hessische Sozialministerium einen Umsetzungsvorschlag vorlegt, der die Kommunen und Landkreise wirksam entlastet“]. Derzeit hänge es aber an einer hessenweiten Regelung.

Der Vorsitzende kündigt an, dass alle Vorschläge in die Vorstandsarbeit mitgenommen werden.

Françoise HÖNLE weist in diesem Zusammenhang auf die nächste Folge der Veranstaltungsreihe des KAB und der Fachstelle für Demokratie und Toleranz zu Fluchtursachen in den verschiedenen Herkunftsländern vieler Asylbewerber*innen: am 18. Mai, 19 Uhr an diesem Ort, Thema „Sind Maghreb-Staaten sichere Herkunftsländer?“.

20:50: kurze Sitzungs-Unterbrechung.

¹ Koalitionsvertrag für den Landkreis Gießen zwischen SPD Unterbezirk Gießen – B90/Die Grünen Kreisverband Gießen – FW Kreisverband Gießen, 11. Juni 2016, S. 25.

4. Vorbereitung der nächsten Kreistags- und Ausschusssrunde

Zum TOP 10 der Kreistagssitzung am 15. Mai „Erstellung einer Prioritätenliste für den Schulbau in den nächsten 10 Jahren“ (Antrag CDU-Fraktion): Christiane SCHMAHL teil mit, dass die geplante Sitzung des Schulausschusses abgesagt wurde, dass der TOP aber in der KT-Sitzung debattiert wird.

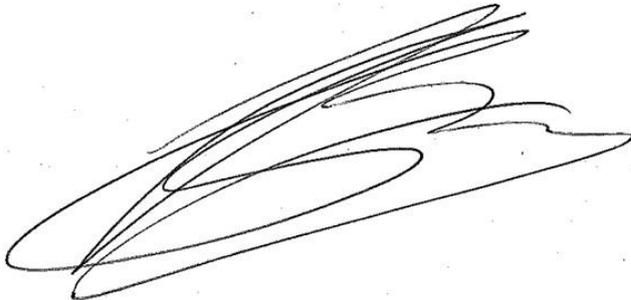
Zu TOP 11, „‘Interkulturelle Kompetenz‘ in Personalauswahlverfahren“, Berichtsantrag des KAB: Stephan WALTHER fragt, ob der KAB eigene Vorstellungen zu diesem TOP wie das Personalauswahlverfahren laufen sollte. Der Ausländerbeirat will erst die Antwort abwarten und dann Stellung beziehen.

Ewa WEINIG berichtet kurz aus dem Infrastrukturausschuss zu den Themen „Wohnraumversorgungskonzept“ und „Dreisprung zur Ausbildung“.

5. Mitteilungen und Termine

Es gibt keine weiteren Mitteilungen und Terminankündigungen.

Vorsitzender Tim VAN SLOBBE schließt die Sitzung des Ausländerbeirates um 21:02 Uhr.



Tim van Slobbe
Vorsitzender



Markéta Roska
Schriftführerin